

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 432.

Freitag, 15. September

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 1/4 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Metramen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Das Provisorium in Frankreich und seine Bedeutung.

Die französische Nationalversammlung steht am Schlusse des ersten Abschnittes ihrer Thätigkeit. Wenn es nach dem Wunsche der republikanischen Partei ginge, hätte sie diese freilich überhaupt abzuschließen und nach Einberufung der Wähler zur Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung sich aufzulösen. Dazu ist indessen die royalistische Mehrheit durchaus nicht geneigt; sie hat vielmehr in die „Motiv“ des Gesetzes, durch welches die Gewalt des gleichzeitig mit dem Titel eines „Präsidenten der französischen Republik“ ausgestatteten Herrn Thiers für die Dauer der gegenwärtigen Nationalversammlung verlängert wurde, eine „Erwägung“ dahin gehend aufgenommen, daß sie sich in dem Besitze konstituierender Befugnisse befindet. Man scheint danach annehmen zu müssen, daß diese royalistisch gefärbte Mehrheit bis jetzt noch mit der Absicht sich trägt, Frankreich eine neue Verfassung zu geben, welche die monarchische Staatsform und zwar das Königthum wieder aufrichtet und daß sie nur deswegen die Ausführung dieser Absicht vertagt hat, weil sie in der dynastischen Frage sich noch nicht zu einigen vermochte.

Frankreich wird also bis auf Weiteres fortfahren, sich im Zustande eines staatsrechtlichen Provisoriums zu befinden; denn wenn auch Herr Thiers der Titel eines „Präsidenten der französischen Republik“ beigelegt worden ist, so ist damit für Frankreich noch keine republikanische Staatsverfassung aufgerichtet, sondern einfach dem gegenwärtigen tatsächlichen Zustand, welcher allerdings der einer republikanischen Regierungsform ist, ein gesetzlicher Ausdruck gegeben worden. Frankreich befindet sich in der Lage eines Staates, welcher seine frühere Verfassung im Wege der Revolution beseitigt, aber noch durch keine neue Verfassung ersetzt hat; während dieses Provisoriums muß natürlich in irgend einer Weise für die Ausübung der Souveränitätsbefugnisse der Nation Sorge getragen werden und dieses ist in der sehr einfachen und naheliegenden Weise geschehen, daß die Nationalversammlung sich als die Inhaberin der nationalen Souveränität proklamiert und darauf die Exekutivgewalt auf Herrn Thiers übertragen hat, welcher dieselbe aber unter der Kontrolle der Versammlung ausübt. Die gesetzgebende Gewalt ist voll und ungeteilt bei der Nationalversammlung; dem Präsidenten steht kein Veto zu; derselbe kann nur durch Mittel der parlamentarischen Taktik auf die Entschlüsse der Versammlung einzuwirken versuchen und im äußersten Fall mit seinem Rücktritt drohen, ist ein Gesetz von der Nationalversammlung votiert, so bleibt Herrn Thiers Nichts übrig, als dasselbe zu promulgieren und in Vollzug zu setzen. Es ist, wenn man die französischen Verhältnisse richtig beurtheilen will, durchaus notwendig, daß man sich die Stellung des Herrn Thiers zur Nationalversammlung klar vergegenwärtigt; Herr Thiers ist nicht für das, durch eine republikanische Staatsverfassung aufgerichtete Amt eines „Präsidenten der Republik“ von der Nationalversammlung erwählt worden, so daß er, nachdem die Wahl vollzogen, einen von der Nationalversammlung unabhängigen Boden seiner Amtswirksamkeit unter sich hätte; Herr Thiers ist nur der beauftragte Geschäftsführer der Nationalversammlung, dessen Stellung allerdings jetzt, nachdem sie durch ein Gesetz geregelt und durch den Titel „Präsident“ ausgezeichnet worden, mit der eines der Verfassung gemäß zu erwählenden Präsidenten eine gewisse Ähnlichkeit erlangt hat.

Ohne damit einen Tadel aussprechen zu wollen, wird man von Herrn Thiers annehmen können, daß er, nachdem er eine so hohe, ja die augenblicklich höchste Stellung in seinem Vaterlande erreicht hat, ein lebhaftes Interesse daran habe, sich in dieser Stellung möglichst lange zu erhalten. Wenn Herr Thiers auch noch so viel Sympathien für das konstitutionelle Königthum der Orleans besäße, so besitzt er jedenfalls doch eine weit höhere Vorstellung von seinen eigenen Fähigkeiten und von den Wohlthaten, deren die französische Nation theilhaftig werden würde, wenn sie sich entschließen könnte, die Staatsangelegenheiten dauernd seiner Leitung anzuvertrauen. Damit die durch Krieg und Aufruhr dem Lande geschlagenen Wunden heilen, muß Herr Thiers als die Aufgabe seiner Regierung bezeichnet hat, beiseite Frankreich einer längeren Zeit der Ruhe und da keine von den Regierungsformen, welche die verschiedenen Parteien in der Nationalversammlung und im Lande erstreben, Aussicht darauf hat, ohne schwere Kämpfe ins Leben zu treten, so hat Herr Thiers auch durchaus nicht Unrecht, wenn er eine längere Fortdauer des gegenwärtigen Provisoriums, das ja jeder Hoffnung die Aussicht auf dereinstige Verwirklichung offen erhält, wünscht. Soll Frankreich freilich dabei die „Heilung seiner Wunden“ durchaus erforderliche Ruhe finden, so müssen die Parteien einen ehrlichen Waffenstillstand abschließen, während dessen sie zwar nicht auf das von ihnen aufgestellte Programm und auf die Hoffnung des Sieges, wohl aber auf jeden Versuch zur Durchführung desselben verzichten, mag dieser Versuch nun auf die Durchföhrung eines Majoritätsbeschlusses der Nationalversammlung oder auf die Beseitigung der Nationalversammlung durch eine Agitation für Auflösung derselben hinauslaufen. Jede Partei wird von dieser Selbstbeschränkung Nutzen ziehen; denn es ist als sicher zu betrachten, daß diejenige Partei, welche durch ein kühnes Vorgehen ihren Sieg überreichte, sich nicht lange der Früchte desselben freuen würde; nur die Mäßigkeit, die mit der Weisheit sich paart, bringt Segen; wandelt sie aber allein, folget Verderben ihr nach. BAC.

Deutschland.

Berlin, 14. September. [Die Okkupationstruppen in Frankreich. Symptome der gesteigerten Friedensüberzeugung. Das Militär-Intendanturwesen.] Um die noch in

Frankreich verbliebenen Okkupationstruppen mit den Verpflegungsgeldern, welche französischerseits nach Zahlung der dritten halben Milliarde nur noch stipuliert sind, einigermaßen in Uebereinstimmung zu setzen, werden außer der definitiv zur Heimkehr beorderten und hierin schon begriffenen 2. und 22. Division noch fernere Rückbeordnungen erfolgen müssen. Auch sind die Postsendungen an die 11. Division schon inhibirt worden und steht demnach zunächst wohl für diese die Rückberufungsordre zu gewärtigen. Es bleiben danach nur noch auf französischem Boden die 4., 6., 19. preussische, die 2. bairische und 24. sächsische Division nebst 11 Kavallerie-Regimentern, welche sich ohne ihre Ersatz-Truppentheile zu 65,482 M. und mit denselben auf 72,000 bis 75,000 M. berechnen, während mit Hinzutritt der 11. Division die gegenwärtig noch für 80,000 M. bemessenen Verpflegungsgelder um 5000 M. überschritten werden. Daneben wird jetzt jedoch noch eine andere Aenderung in Vollzug treten müssen. Durch kaiserliche Ordre war bestimmt worden, daß die Rekruteneinstellung im ganzen Umfange der Okkupationstruppen am 11. September und bei den Ersatz-Bataillonen und Ersatz-Eskadrons derselben am 15. Oktober und 15. November, pr. Bataillon mit 240 M., pr. Ersatz-Eskadron mit 120 M. erfolgen sollte. Es würde das bei der damaligen Stärke der Okkupationstruppen eine Gesamt-Rekruteneinstellung von 30,820 M. ergeben haben, wovon nunmehr 11,880 M. ausfallen. Es war dies jedoch eine auf den schleunigen Ersatz des durch den letzten Krieg verursachten Mannschaffverlusts berechnete Maßregel und wird um diesen wichtigen Vorgang nicht zu verzögern die Deckung dieses nicht unbeträchtlichen Ausfalls nunmehr von dem immobilen Theil der Armee übernommen werden müssen. Vielleicht möchte sich um für die Okkupationstruppen den Stand von 80,000 M. herbeizuführen der Heimkehr der angeführten Divisionen noch die Rückberufung einzelner den ersten zur Zeit noch zugetheilten Kavallerie-Regimenter anschließen, doch wird andererseits der Zutheilung einer beträchtlichen Kavallerie zu den Okkupationstruppen ein so bedeutender Werth beigelegt, daß der Vollzug dieser Maßregel zunächst wohl noch als unwahrscheinlich betrachtet werden dürfte. — Als ein auffälliger Beweis der gesteigerten Friedensüberzeugung darf der Umstand hervorgehoben werden, daß das Streben nach immer neuen Kriegserfindungen, das in den lebstaggeschlossenen Jahren als vornehmstes Symptom der Kriegsumföhrung die Periode vor dem Kriege ganz besonders charakterisirte, jetzt als vollkommenes Geis und 1. erachtet werden kann. Es ist seit dem Eintritt in die Belagerung von Paris thatsächlich keine einzige derartige neue Erscheinung mehr angelündigt worden. Entgegengesetzt sind indess eine Menge derartiger Erfindungen eben durch die letzten Kriegsergebnisse als ebenso unwirksam wie unpraktisch erkannt worden, während alle ohne Ausnahme nicht entfernt die furchtbare Wirkung, welche ihnen beigegeben wurde, ausgewiesen haben. Es gilt dies vor Allem von den weittragenden Hinterladungswaffen und von den verschiedenen Arten der neuen Kartätschgeschöge, obgleich diese beiden Erfindungen sich unbedingt noch zum meisten bewährt haben. Auch hierfür scheint selbst nur für die Fortbildung der schon erfundenen Waffen ein völliger Stillstand eingetreten. Das gleiche Erlöschen des Eifers zeigt sich auch in den Staaten, welche vor dem Kriege in Begriff standen die erwähnten Geschöge bei ihren Armeen einzuföhren, und die wenn sie auch nicht offen von dieser Absicht zurückgetreten sind, dieselbe doch nicht stillschweigend haben fallen lassen. Leider sind durch die Ereignisse des letzten Krieges die die Marine betreffenden Neuerungen und neuen Erfindungen und namentlich die Panzer- und Geschöfrage nicht einer gleich ernsten Probe unterworfen worden und dauert für diese deshalb auch das frühere Verhältniß noch fort. Eine Abnahme des Interesses an den hierauf bezüglichen Versuchen bleibt jedoch bereits auch auf diesem Gebiet zu bemerken, und erscheint ganz besonders auch hier das bisherige Streben nach immer neueren und immer komplizirteren Schiffskonstruktionen wesentlich im Schwinden begriffen. — Die Absicht die höheren Stellen der Militär-Intendantur übergetretenen Offiziere zu besetzen, welche vor einigen Jahren vielfach beförmortet wurde und wozu auch schon ein Anfang gemacht worden war, scheint neuerdings wieder aufgegeben worden zu sein. Es ist sogar durch einen Erlaß des Kriegsministeriums den jungen Juristen, welche die Intendantur-Karriere einschlagen wollen, für den Eintritt in dieselbe eine wesentliche Erleichterung gewährt worden. Dagegen soll indes wie verlautet die Intendantur in ihrer inneren Organisation und namentlich in Bezug auf ihre Handhabung im Felde eine vielfache Umgestaltung erfahren, wozu gegenwärtig die Vorermittelungen statthaben. Ebenso wird auch, wie für die Leistungen der Armee, so nicht minder auch für die der Intendantur ein Gesamtbericht erfolgen und soll sich derselbe bereits in der Ausarbeitung befinden, wobei es sich jedoch bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und dem schon in Bezug auf das Ausland gebotenen naheliegenden Interesse das innere Getriebe der deutschen Heeresintendantur nicht offen darzulegen, noch zweifelhaft erscheint, ob derselbe später auch veröffentlicht werden dürfte.

Die neueste Nummer (7.) des Ministerial-Blattes für die gesammte innere Verwaltung enthält folgenden, auszüglich bereits erwähnten Zirkular-Erlaß, betreffend die Einrichtung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern:

Ueber die Erfolge der in meinem Zirkular-Erlaß vom 4. Oktober v. J. gegebenen Anregung zur Bildung gewerblicher Schiedsgerichte hat bis jetzt nur die Minderzahl der königlichen Regierungen und Landdrosteien sich geäußert. Die Berichte ergeben, daß man nur in einzelnen Orten die Verhältnisse dazu angethan erachtet hat, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen, während in anderen Fällen theils das Vorhandensein eines Bedürfnisses bezweifelt, theils auch der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß die unter den Beteiligten herrschende Stimmung einer erfolgreichen Wirksamkeit schiedsrichterlicher Organe

nicht günstig sei. Es ist zuzugeben, daß in industriearmen Bezirken, auf welche sich die meisten der vorliegenden Berichte beziehen, und so lange in den Gewerben die einfachen handwerksmäßigen Betriebsformen vorwalten, die in § 108 der Gewerbeordnung den Gemeindebehörden selbst übertragene Entscheidungsbefugniß ausreichen mag, eine sachgemäße und schnelle Erledigung der dort bezeichneten Streitigkeiten zu sichern. Angesichts der hervorgetretenen Auffassungen kann ich nicht umhin, wiederholt den Wunsch auszusprechen, daß der Gedanke, die Schlichtung von Differenzen über die gewerblichen Arbeitsverhältnisse schiedsrichterlich, zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengefügten Organen anzuvertrauen, welche anderwärts als ein wirksames Mittel zur Wiederherstellung und Erhaltung des sozialen Friedens sich bewährt haben, auch Seitens der Behörden in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werden möge. Die in England mit den sogenannten boards of conciliation and arbitration in neuerer Zeit gemachten, bereits vielfach besprochenen, günstigen Erfahrungen, über welche z. B. die auszüglichsten Mittheilungen in der Schrift des Grafen von Paris: Die Gewerbevereine in England, deutsche Uebersetzung von Lehmann, S. 135. ff., und Ebert: Die Gewerbegerichte und das gewerbliche Schiedsgerichtswesen, S. 31. ff., Mittheilungen enthalten, verdienen auch bei uns ernste Beachtung. Wenn man dort auf dieses Auskunftsmitel gekommen ist, nachdem der unvermittelte Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in Arbeitseinstellungen und erbitterten Streitigkeiten aller Art seine für beide Theile verderblichen Folgen entwickelt hatte, so liegt darin für uns eine dringende Aufforderung, nichts zu versäumen, was beitragen könnte, unserer Industrie ähnliche bittere Erfahrungen zu ersparen. Inwiefern die in England begründeten Einrichtungen, welche im Besonderen ihrer Organisation mit der Eigentümlichkeit der dortigen rechtlichen und thatsächlichen Verhältnisse im Zusammenhange stehen, sich zur unmittelbaren Nachbildung eignen, erscheint als eine untergeordnete Frage. Der Werth der Sache liegt in dem Grundgedanken, bei dessen Verwirklichung nicht ausgeschlossen ist, daß den örtlichen Verhältnissen und der Anschauung der Beteiligten ein freier Spielraum bleibe. Das bestehen statutarischer Schiedsgerichte im Sinne des § 108. der Gewerbeordnung würde, wie in dem Zirkularerlasse vom 4. Oktober v. J. hervorgehoben ist, dafür vielfach einen passenden Ausgangspunkt darbieten können. Der Gedanke selbst greift indes weiter, und wie man in England zu praktischen Gestaltungen gelangt ist, indem man die Aufgabe der Vermittelung durch Schiedsgerichte unmittelbar auf dem Gebiete der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Klassen streitigen Interessen in Angriff genommen hat: so wird auch bei uns nichts im Wege stehen, auf ähnlichem Wege vorzugehen, wo die Umstände dies gerathener erscheinen lassen, als Schiedsgerichte zunächst mit den beschränkten Aufgaben, wie sie das Gesetz im Auge hat, zu bilden. Wenn in Bezug auf diese Bestrebungen die Behörden, wie auch in dem Erlaß vom 4. Okt. v. J. anerkannt ist, zu einer Einwirkung nur in bedingter Weise, wesentlich im Sinne der Anregung und Unterstützung berufen sein können, so bietet sich doch auch in dieser Beschränkung für sie ein nicht zu unterschätzendes Gebiet fruchtbarer Thätigkeit. Sie würden ihre Aufgabe verkömmern, wenn sie unterließen, sich mit einer die wichtigsten staatlichen und sozialen Interessen berührenden Angelegenheit vertraut zu machen, was in ihren Kräften steht, beizutragen, um das Beständniß für die Sache zu fördern, und wo unter den Beteiligten oder einem Theile derselben sich die Geneigtheit zu einem praktischen Vorgehen kundgibt, auch ihre äußere Hölfe dazu zu leisten. Weber ein voreiliges, bei dem leicht erregbaren Mißtrauen zweifelhafte bürokratisches Eingreifen, noch auch ein theilnahmloses Gehorlassen kann hier als das Richtige erscheinen. Das Letztere würde auch nicht mit der Voraussetzung entschuldigt werden können, daß die Stimmung der Beteiligten auf einen Erfolg desfalliger Bemühungen nicht hoffen lasse. Sollte dies an einzelnen Orten zutreffen, wo durch Agitationen die Neigung zu vorhöflichem Zusammenwirken verloren gegangen ist, so wird dies Hinderniß doch nur zeitweilig sein und eben die Empfindung der üblen Folgen eines solchen Zustandes für beide Theile wird auf die Dauer wiederum die Geneigtheit hervorrufen, ein gebotenes Auskunftsmitel zu ergreifen. Andererseits aber weisen auch manche in die Öffentlichkeit getretenen Erscheinungen darauf hin, daß unter den Beteiligten die Idee der Schöhe und Schiedsämter nach englischem Muster Beachtung und Anklang findet. Es wird hier häufig nur eines Anstoßes bedürfen. Wo dies aber nicht der Fall, wird es darauf ankommen, in angemessener Weise, namentlich auch durch das Mittel persönlicher Kommunikation mit einsichtigen und einflußreichen Personen aus dem Kreise der Gewerbetreibenden die Aufmerksamkeit auf die Sache zu lenken, ihre große Bedeutung zum Erkenntniß zu bringen und etwaige Vorurtheile oder Mißverständnisse zu berichtigen. Indem ich hiernach die Angelegenheit den königlichen Regierungen und Landdrosteien von Neuem zur Beachtung empfehle, wiederhole ich die Aufforderung, mir über die weitere Entwicklung derselben demnächst zu berichten. Koblenz den 31. Juli 1871.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Graf v. Tschupitz.

Die internationale Friedens- und Freiheitsliga wird ihren fünften Kongreß innerhalb der Tage vom 28.—29. d. M. zu Lausanne abhalten. Aus dem von dem laufenden Lokaltomite erlassenen Einladungsschreiben heben wir folgende Sätze hervor:

Bei der außerordentlichen Lage, in welcher sich gegenwärtig Europa befindet, haben wir wohl nicht nötig, Ihre Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit dieses Kongresses zu lenken. Vor mehr als einem Jahre haben die Ereignisse gezeigt, daß die Völkler Europa's nur dann dem Despotismus widerstehen und die Greuel des Krieges vermeiden können, wenn sie sich zur Schaffung von Institutionen vereinigen, bei welchen sie selbst Herr ihrer Geschicke sind. Mit vollem Vertrauen berufen wir Sie zu dieser Versammlung, welche das vor 5 Jahren begonnene und durch Unternehmungen in dynastischem Interesse gewaltsam unterbrochene Werk fortsetzen soll. Das Endziel unserer Liga, wie wir es schon bei unserer Einberufung von 1869 ausgesprochen haben, ist die republikanische Föderation der Völkler Europa's. Unsere Aktionsmittel sind einzig und allein die Presse, das freie Wort und die öffentlichen Versammlungen. Die stehenden Heere in Nationalmilitien zu verwandeln; die Kirche von dem Staate und der Schule zu trennen; die Gleichberechtigung der Frauen zur Geltung zu bringen; die soziale Frage durch die Verbesserung und Verallgemeinerung des Unterrichts und der Erziehung, sowie durch die Beförderung von Produktiv-Gesellschaften unter Anerkennung des Prinzips, daß das Eigenthum aus der individuellen und kooperativen Arbeit hervorgeht, zu lösen, und überhaupt die Bürger auf der Bahn der Gerechtigkeit einander gleichzustellen: das sind die Fragen, welche die Liga insbesondere bis jetzt auf ihren Kongressen und in ihren Organen einer eingehenden Diskussion unterworfen hat und welche sie ins Leben einzuföhren bemüht ist.

Nach dem Programm wird sich der Kongreß vorzugsweise mit folgenden Gegenständen beschäftigen: Soziale Frage, Unterricht, Er-

ziehung, Freihandel; orientalische und polnische Frage; politisches und internationales Recht, Dezentralisation, Föderation, Annexionen und Eroberungen, elbisch-löhringische Frage.

Wie verlautet, schreibt die „B. V. Z.“, wird dem Reichstage in der nächsten Sitzungsperiode auch ein Gesetzentwurf wegen Einsetzung einer obersten Rechnungsbehörde für das deutsche Reich vorgelegt werden. Zur Zeit werden bekanntlich die Funktionen einer solchen von der Reichsversammlung übertragen, welche für diesen Zweck die Bezeichnung „Rechnungshof des Norddeutschen Bundes“ führt. Bei der Ausdehnung, welche im deutschen Reich einzelne Departements, z. B. Militärwesen, Post, Telegraphie u. s. w. erhalten haben, soll es ferner in der Absicht liegen, die Rechnungen derselben unter Leitung von Beamten endgültig prüfen zu lassen, welche in dem betreffenden Dienstzweig völlig heimisch sind und sich nicht übermäßig, selbst bei Beurteilung schwieriger Prinzipien und Rechnungsfragen, auf das ihnen aus den einzelnen Branchen zur kalkulatorischen Prüfung der Rechnungen angewiesene Subalternpersonal zu verlassen brauchen. Verhältnisse dieser Art, mochten sie in alter Zeit auch einzelnen maßgebenden Persönlichkeiten willkommen sein, werden für die Jetztzeit mit Recht für nicht mehr passend erachtet; jeder Verwaltungschef wird sich so einrichten müssen, daß seine Rechnungen auch in materieller Beziehung die Kritik eines Sachverständigen ohne Anstand passieren.

Der hiesigen jüdischen Gemeinde ist ein Vermächtnis von 30.000 Thln. zur Errichtung eines Stollenhauses und einer Schenkung von 21.000 Thln. zur Erweiterung ihrer Alters-Versorgungs-Anstalt zugefallen.

Die im Verlauf des letzten Krieges zur Aufnahme der französischen Gefangenen errichteten Barackenlager scheinen die Anregung dazu gegeben zu haben, stehende Lager auch für die preussische deutsche Armee einzuführen. Wie verlautet, soll dabei die Absicht obwalten, in jeder hierzu irgend geeigneten Provinz ein derartiges Lager für die Aufnahme einer Brigade resp. einer Division zu schaffen. Zunächst sollen indes nach einer andern Nachricht nur vier solcher Lager errichtet werden, davon eines am Rhein, eines in den Elberzgebirgen, eines in der Mark und eines in den östlichen Provinzen, wahrscheinlich in der Provinz Posen. Das Zuverlässige in diesen Mittheilungen läßt sich noch nicht entscheiden. Gewiß ist, daß das Barackenlager bei dem „Gasthaus „Zur tiefen Brunnen“ zwischen Zitterbühl und Treuenbriebe zur dauernden Benutzung umgebaut und vorgerichtet worden ist. Es erscheint indes noch zweifelhaft, zu welchem Zweck dies geschehen ist und dürfte möglicherweise das gegenwärtig in Zitterbühl, Dülben, Torgau und Wittenberg vertheilte 3. Feldartillerie-Regiment zunächst veranschaulicht dorthin verlegt werden. Versuche zur Einführung stehender Lager haben allerdings auch in Preußen schon mehrfach und zuletzt noch 1865 in Hohenhausen stattgefunden, doch erwiesen sich damals die Stimmen über den wirklich praktischen Nutzen dieser Maßregel sehr getheilt und haben bisher gerade in der preussischen Armee die stehenden Lager noch nie eine überwiegende Befürwortung gefunden.

Aus Frankfurt, 13. Sept., schreibt die „Frankf. Ztg.“: Heute stand der Oberprokurator unserer Zeitung, Herr Carl Goldhaufen, wiederum des Mantuffels-Artikels halber vor dem Rügegericht. Die Staatsanwaltschaft hatte ihn vorladen lassen, um von ihm als Zeuge Auskunft über den Verfasser des Artikels zu erhalten und eventuell die Verhängung einer Geldstrafe beantragen. Herr Goldhaufen lehnte die Zeugnisaussage ab. Er berief sich auf eine bereits in einem früheren Termine abgegebene Erklärung, worin er die Staatsanwaltschaft auf seinen Kollegen, Herrn Vogel, (unter dessen verantwortlicher Redaktion der betreffende Artikel erschienen war) verwiesen und sich selber gegen die Zuzurechnung der Zeugnisaussage verwahrt hatte, weil er d. rh. seine Aussage kompromittirt werden könne. Ferner wendete er ein, daß, wie sich aus den Vernehmungen seines Kollegen Vogel ergebe, weder die Absicht noch die Befugnis der Staatsanwaltschaft zur Einleitung einer strafgerichtlichen Verfolgung konstatirt sei, und daß ein Ermittlungsverfahren, das nicht auf jener Absicht und dieser Befugnis ruhe, das nicht den Zweck einer strafgerichtlichen Verfolgung in diesem Falle nach Maßgabe des Preussengesetzes involvire, als völlig illegal zu betrachten, — daß seine Vertheidigung als Sache aber überdies nach § 161 und 162 der Strafprozeßordnung (die §§ sehen auf die Personen, welche als Thäter, Teilnehmer, Begünstiger oder Helfer eines Verbrechens verdächtig sind oder ein dringendes Interesse zur Sache haben) gelegendlich unzulässig sei. Das Rüge-

gericht setzte die Beschlußfassung über den Antrag der Staatsanwaltschaft aus und verhielt schriftlichen Bescheid.

Göttingen, 12. September. Die am letzten Freitag hier selbst abgehaltene Versammlung der partikularistischen Partei wurde nach der „G. Z.“ aus dem Grunde aufgelöst, weil der zur Ueberwachung anwesende Polizeibeamte thätlich bedroht wurde (durch Werfen mit Biergeschöpfen). Der Regierungsrath a. D. v. Deden, welcher das Lokal nicht verlassen wollte, wurde zur Polizeidirektion abgeführt, demnächst aber wieder entlassen.

Dresden, 11. September. Der Austausch sächsischer und deutscher Postbeamten beginnt jetzt; es wird amtlich angezeigt, daß nach dem von dem Kaiser des Deutschen Reiches auf Grund Artikel 50 der Reichsverfassung die bei der Ober-Post-Direktion zu Leipzig erledigte Rathsstelle dem Postrath Schlieffen, vordem in Gumbinnen, übertragen worden, die landesherrliche Bestätigung dieser Ernennung seitens des Königs von Sachsen erfolgt sei.

Leipzig, 11. September. Am gestrigen Tage fand in Riesa die Landesversammlung der sämtlichen liberalen Parteien des Königreichs Sachsen statt.

Dieselbe war sehr zahlreich besucht und rechtfertigte vollständig die Erwartungen derer, welche sich nicht davon zu überzeugen vermochten, daß, nachdem die nationale Frage in Deutschland gelöst ist, es noch meientliche Ursachen zur Trennung der Liberalen in verschiedene Fraktionen giebt. Der von Professor Dr. Wiedemann gestellte Antrag: „Die Landesversammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß alle liberalen Parteien Sachsens bei den bevorstehenden Landtags-Ergänzungsahlen reichthaltlos zusammen gehen werden“, wurde mit lebhaftem Beifalle begrüßt und einstimmig angenommen. Bei der darauf folgenden Beratung über die aufzustellenden Kandidaten zeigte sich von Anfang bis zu Ende die größte Einmüthigkeit und es werden demnach in allen erledigten Wahlbezirken gemeinsame Kandidaten der verschiedenen liberalen Schattirungen als Bewerber auftreten; der Uebelstand früherer Wahlkämpfe, daß liberale Kandidaten sich gegenseitig den Sieg streitig machen, ist dadurch ein für alle Mal ausgeschlossen. Das von der Landesversammlung niedergelegte Bureau ist beauftragt worden, folgenden Aufruf an die liberalen Wähler Sachsens zu richten: „Die am 10. September in Riesa versammelte gemeinsame liberalen aller Schattirungen richten hierdurch an ihre Gefinnungsgenossen in allen jetzt zur Landtagswahl berufenen Wahlbezirken die dringende Bitte: durch sofortige Niederlegung von Wahl-Komitees und sonst geeignete Schritte dafür zu sorgen, daß überall ein in kirchlichen und politischen Fragen liberaler Kandidat aufgestellt und für dessen Durchbringung mit allen Kräften gewirkt werde. Wenn jeder seine Pflicht thut, wird der Sieg uns nicht fehlen!“

Darmstadt. Auf Betreiben des Exministers v. Dalwigk und des Staatsraths Frank wurde von dem hiesigen Stadtgerichte eine Untersuchung gegen den Redakteur der „Grenzboten“ zu Leipzig, Dr. Hans Blum, daselbst wegen Verleumdung in genannter Zeitschrift eingeleitet und derselbe zur Aburtheilung vor das hiesige Bezirksstrafgericht verwiesen. Dr. Blum richtete gegen diesen Verweisungsbescheid Beschwerde an das Hofgericht, da nach dem Reichsgesetz über die Nichtschüsse Prozeßgegenstände nur an dem Erscheinungsorte des bezüglichen Prozeßgegenstandes verfolgt werden können. Das Hofgericht hat aber die Beschwerde verworfen, weil der Einwand der Inkompetenz auch noch in der Hauptverhandlung erhoben werden könne. Ueber den Grund der Verweisung hat sich das Gericht nicht ausgesprochen. In dieser Heranziehung eines Leipziger Blattes vor die hiesige Gerichtsbarkeit liegt ein Präzedenzfall von großer Tragweite, namentlich bei dem gemeinsamen Strafgesetze für das ganze Reich. Der Artikel einer verbreiteten Zeitschrift, der z. B. sich über den Kaiser oder den Reichstag ergiebt, würde von hundert deutschen Gerichten strafrechtlich in Betracht gezogen werden. Die Absurdität eines solchen Zustandes liegt auf der Hand und wird hierfür bei Beratung des Reichspreßgesetzes eine Abhilfe geschaffen werden müssen.

Strasburg, 13. Sept. Der Reichstag hat nach entgegengekommenem Vortrage die Wiederberufung deutscher Beamten für die Thore, Werke, Kasernen und sonstigen militärischen Bauten in der Straßburger Befestigung. Eine Folge der früher in Deutschland vielfach festgehaltenen verkehrten Politik ist es, daß insbesondere das im Elsaß zahlreich vertretene jüdische Element der deutschen Regierung mit ganz besonderem Mißtrauen entgegengesehen und von der Vereinigung mit dem deutschen Reich eine Schädigung seiner Rechte erwartet. Die

„Strasburger Z.“ bemüht sich heute, das Unbegründete solchen Verdachts nachzuweisen, indem sie hervorhebt, daß das deutsche Reich als solches seit seiner Wiederherstellung die Pflege der konfessionellen Gleichberechtigung sich zur Aufgabe gemacht hat. Wirksam noch als solche Gleichberechtigung wird es ohne Zweifel sein, wenn das Reich dafür sorgt, das nirgends mehr in seinen Grenzen gegen die gesetzlich begründete konfessionelle Gleichberechtigung auch nur thätlich verstoßen wird. — So behaftet die Auswanderung einzelntehender Personen ist, so wenig haben doch bisher noch die Familien mit dem gleichen allerdings häufig genug angelegentlichem Ernst gemacht, so daß es an manchen Orten, seit die deutschen Beamten und Offiziere sich häuslich einzurichten anfangen, ein unangenehmer Mangel an geräumigen Familienwohnungen sich fühlbar macht. So sagt das „Weissenburger Wochenblatt“, es wäre sehr wünschenswerth, wenn sich Jemand fände, der daselbst einige Häuser zum Vermietten herstellte; die Spekulation würde sicher rentiren.

Deisterreich.

Wien, 13. September. Dem hiesigen „Fremdenblatt“ ist aus Stuttgart die Tische des Hof- und Gerichtsadvokaten Ritter v. Kießling aus Oberösterreich zugegangen, die derselbe beim Festmahl des Juristentages gehalten hat. Dieselbe lautet:

„Die uns Deutsch-Österreicher hier vielfach entgegengebrachten Sympathien legen uns die Pflicht auf, hier nochmals dafür zu danken. Gestatten Sie mir, daß ich im Namen meiner Stammesgenossen diese Pflicht erfülle. Ich kann Sie versichern, daß wir uns wegen dieser freundlichen Aufnahme wirklich nicht als geladene Gäste, sondern als vollberechtigte Teilnehmer des deutschen Juristentages fühlen. Wir fühlen uns zu Allem, wo es deutsche Angelegenheiten gilt, mitzu sprechen berechtigt, ohne eine Untreue im Herzen gegen das politische Vaterland Oesterreich. Ich muß es gerade an dieser Stelle aussprechen, daß wir nicht schnehtig über die schwarzgelben Pfähle nach Deutschland blicken, sondern mit echter deutscher Treue an Oesterreich festhalten. Wer uns aus Deutschland ruft: „Kommt zu uns!“ der mag es herzlich gut meinen — er überlegt aber herzlich schlecht, was er will. Ihr verehrter Präsident Gneist hat uns ein Vollwort für Deutschland im Osten genannt, und das können wir mir sein in einem Oesterreich, wie es jetzt besteht. In dem unzerstückelten Oesterreich haben wir unsere rechte Stelle, indem wir dort für deutsches Wesen, deutsche Wissenschaft und Kunst, deutsche Sitte und deutsches Recht wirken, nach außen aber eng verbunden mit Deutschland bleiben. Betrachten Sie uns daher nicht als Ihre Schmerzenskinder — lieber als Ihre Herzenskinder. So wollen wir denn zusammenstehen in Freud und Leid — in Krieg und Frieden — und auf diese Einigung Oesterreichs mit Deutschland will ich mein Glas leeren.“

Viel Aufsehen erregt ein Ausspruch, welchen der Statthalter von Galizien, der bekannte Graf Agner Golschowski, neulich in Krakau gethan hat. Die „Neue Fr. Pr.“ berichtet darüber Folgendes: „Graf Golschowski weilt, von Wien heimkehrend und der ihm soeben gedruckten ministeriellen Inspirationen voll, in Krakau, verkehrte dort mit vielen polnischen Notabilitäten, namentlich mit dem Fürsten Ladislaus Gortoryski, dem bekanntlich Oesterreich das vorübergehende, Polen das ewige Ziel“ ist, besuchte viele Kirchen und Klöster und hob, als ihm durch eine Deputation eine Denkschrift über die kommunal-Verhältnisse überreicht wurde, also in „wahrhaft österreichischer“ Weise zu sprechen an: „Das Schicksal Krakaus liegt mir sehr am Herzen. Wiewohl es nicht die offizielle Hauptstadt Galiziens ist, bleibt Krakau immer dessen wichtigste Stadt. Hier fühlt Jeder von uns am lebhaftesten daß er Pole ist. Hegen wir die Hoffnung, daß in Bälde nicht bloß die Zustände der Stadt, sondern auch die unseres ganzen Volkes sich in jeder Hinsicht verbessern werden; daß wir, obgleich heute noch zerstückelt, uns wieder vereinigen werden. Ja, noch blüht uns eine schöne Zukunft; ist uns doch die Mission befohlen, für der nicht allein unsere eigenen, sondern die gesammten Interessen des slavischen Stammes im Auge zu behalten.“ Als darauf Domherr Gornik jener Kirchenallee erschien, die schon so lange ein Streitobjekt zwischen Oesterreich und Rußland bilden, bemerkte Golschowski: „Die Regierung thut Alles, was in ihrer Macht steht, Rußland aber haue fortwährend Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Freilich, die Geschichte wäre rasch fertig, wenn uns etliche Hunderttausend Soldaten zur Verfügung ständen.“

Ueber die Landtagsession liegt der „N. Fr. Pr.“ eine Mittheilung vor, nach welcher insbesondere dem böhmischen und dem mäh-

Ein Bild von Paris

gibt der folgende Brief aus den letzten Tagen:

Den äußeren Anblick von Paris möchte ich mit dem einer Weltstadt vergleichen, die aus dem Schlaf erwacht. Sie sind noch nicht alle da, die sich hohlt in den Straßen bewegen; nur die, welche der frühe Morgen aus den Betten ruft, gehen zeitig an die Geschäfte; die bessere Welt, sie fehlt noch und mit ihr der Glanz, der Schiß des Straßenlebens. Es ist nur das arbeitame Paris, das Tags über die Boulevards eilt; es fehlen die Equipagen, sogar ein großer Theil der Dampfbusse, und die Fiaker sind in einem jammervollen Zustande. Vor den Kaffeehäusern vermisst man den bekannten Tribus der Boulevardiers mit der Papierwäse, jene große Kaste, die des Morgens aufsteht, ohne zu wissen, wo sie das Fünf-Frankenstück für den Tagesbedarf nehmen wird, die aber trotzdem das größte Wort führt. In den Magazinen fällt die Leere auf. Die Toilette der Pariserin entbehrt der eintigen Eleganz; es fehlt der dernier chic, weil er überhaupt nicht vorhanden ist, und der „petit crevé“ scheint ganz verschwunden zu sein. Vileitlich auch ist er ernst und verständigt geworden, seit er für das Vaterland gestritten. Erst um die übliche „Abschüttelung“, um fünf Uhr, sammelt sich wieder die alte Kundschaft auf dem Macadam der Caffés, denn das „Journal du Soir“ bringt Neuigkeiten von Versailles und von den Britilitäten, welche die Preußen in den okkupirten Departements verüben, und da fällt dann mancher Fluch aus dem Munde der Helden, die sich in den Tagen der Gefahr am tiefsten verstaht hielten. Auch im Café de Suède und de Madrid, den Künstler- und Journalisten-Caffés, fehlt so mancher der Chroniquers, der jungen literarischen Heißsporne, die mit der napoleonischen Regierung in steinem Kampfe lagen und ihre Rolle unter der Kommune, wie Vermorel und Genossen, mit dem Tode, mit Verbannung bestraften oder sich unter dem Jupon ihrer Maitresse versteckt nach England retteten.

Trostlos siehts auf dem Boulevard St. Martin, St. Denis und du Temple, am Chateau d'Eau und auf dem Bastille-Platz noch aus. Das Theater der Porte St. Martin ist ein Schutthaufen und seine Fuzurantinnen und Marchusen waren die Wonne der Kommunisten. Zahlreich sind noch die Stätten, wo der Macadam aufgerissen und die Barrikaden gestanden. Das Hotel de Ville ist gründlich vernichtet; die von Rauch geschwärzten Mauern starren zum Himmel empor. So rathlos hat keine Revolution an diesem verhängnisvollen Plage aufgeräumt, wie die Kommunisten, so wird er denn wohl einstweilen in der Geschichte Frankreichs seine Ruhe gefunden haben. In der Rue Rivoli Brandruinen, eine an der andern. Noch heute ist der Schutt nicht ganz beiseite geschafft. Wie die Mauererschwallen haben sich die kleinen Quincailerie-Händler und Tabulet-Krämer in den Ruinen eingenistet und in denselben ihre tausenderlei Sachen ausgekramt. Ganze Rüden haben in die Dächer, in die Fronten der Häuser die Granaten geschlagen; hier ist ein Dachstuhl zusammengekniet, dort das Eingeweide eines Hauses herausgerissen. Zahlreiche Häuser sind mit Kugeln gepflastert, weiß genarbt von dem Aufschlagen der

Geschosse. Das Palais Royal ist arg mitgenommen. Eine furchtbare Zerstörung zeigen die Ruinen der Tuilerien und eines Theiles des Louvre. Die ersten sind vollständig ausgebrannt, wie das Schloß von St. Cloud; auch nicht die geringste Spur von dem einstigen inneren Glanze dieses stolzen Palastes ist übrig geblieben. Ebenso gründlich ist das Finanzministerium zerstört. Geschäftig ist man, den Ruinen wenigstens das Abschreckende, Grauenhafte zu nehmen, das uns die Momente der Zerstörung selbst so lebhaft ins Gedächtnis rufen könnte. Und wie lange wirds dauern, so hat man auch die Ruinen polirt, um sie nach Pariser Weise wenigstens den Fremden präsentabel zu machen.

Todt ist's in den Champs Elysées. Die wenigen Equipagen, welche man gegen Abend die Avenue hinabfahren sieht, gehören den Gesandtschaften, hohen Beamten oder reichen Geschäftsleuten, welche nach Paris zurückgekehrt sind oder den Schrecken hier überdauerten. Die Pavillons sind leer, nur ein Café Chantant ist wieder im Gange, in welchem der bekannte budliche Volkssänger unter großem Jubel seine Chansons vorträgt. Der Triumphbogen hat wenig gelitten. Einige Stellen in den Reliefs haben die Granaten herausgerissen, im Uebrigen hat sich der Triumphbogen tapfer gehalten. Ueberall sind an der Seite nach dem Mont-Balorien zu die Granaten auf den harten Stein eschlagen, aber keine einzige hat ihm was anzuhaben vermocht. Draußen in der Avenue de l'Impératrice oder Uhlrich sind alle die Wälle, Barrikaden und Zugbrücken hinweggeräumt. Das Terrain ist wieder geebnet, und die Rasen erwarten ihre Besamung. Es sieht mächtern und langweilig hier draußen aus, denn die elegante, vornehme Welt, sie fehlt ja, die hier tagtäglich ihre Wettfahrten im Luxus hielt. Heute jagt wohl ein Gesandtschafts-Altschä die Avenue hinab; es rollt eine Equipage mit schlechten Pferden zum Bois hinaus, einige Fiaker schleppen sich müde die breite Straße hinunter, aber keiner hat Freunde daran.

(N. Fr. Pr.)

Ein Brief von Friedrich Hecker.

Unsere Leser entsinnen sich wohl, daß vor nicht langer Zeit eine Rede von Friedrich Hecker, welche er bei der zu St. Louis im Staate Missouri veranstalteten glanzvollen Friedens- und Siegesfeier hielt, theils ganz, theils im Auszuge die Kunde durch die deutsche Presse machte. In dieser Rede offenbarte sich eine so warme und so tiefe Vaterlandsliebe, daß die Mängel und Schwächen derselben dagegen fast völlig verschwanden. Am 4. Juli d. J., dem Tage der Unabhängigkeitserklärung und dem höchsten Festtage der nordamerikanischen Union, hielt Friedrich Hecker, so wir recht berichtet sind, eine andere wirkungsvolle Rede, in welcher er die Grundzüge feierte, auf welche die große transatlantische Republik gegründet ward. Bezug nehmend auf diese zwei Reden schrieb nun der alte Freiheitskämpfer, dessen Herz noch immer so glühend für sein altes Vaterland schlägt, nachstehenden charakteristischen Brief an Herrn Rapp, den Redakteur des „Baltimore Wecker“:

Sommerfeld, St. Clair County, Illinois, den 11. August 1871.

Lieber Rapp! Ihr habt in Euren „Wecker“ meiner und meiner letzten Produkte so herzlich gedacht, daß ich nicht umhin kann, Euch zu danken und eine freie Stunde dazu verwenden, Euch dieses auszudrücken. Die zwei Reden sind Schwestern: die eine ist der Nation, dem Patriotismus, der Wiedergeburt des alten Vaterlandes in Einheit, Macht und Größe, die andere der Freiheit und republikanischen Staatsform gewidmet; sie beide sind der Ausdruck dessen, wofür ich mein ganzes Leben gegliht und gekämpft.

Es macht sich von gewissen Seiten draußen (in Deutschland) bereits ein Verdienstegeist, ein unterthäniger Servilismus, eine Heroenvergötterung (für den Divus Julius, Divus Augustus, Divus Nero u. s. w.), kurz ein Unterthans- und ein Unterthänigkeits-Entzücken geltend, wie es 1814 bis 1818 sich breit machte und die düstere Periode von 1818 bis 1848 zur Folge hatte. Auch ursprünglich auf geartete Fürstenseelen müssen auf diese Weise verderbt werden. Diefem „Hinhindeln“, dem griechischen prosokynein, entgegenzutreten, ist unsere Pflicht; und bereits habe ich den Anfang in der „Illinois Staatszeitung“ gemacht. Unsere hiesige Presse ist, da Zeit und Raum in dem modernen Völkerverkehr verschwinden, ein Theil der europäischen; und wie im Handel und Verkehr der Produktaustausch eine Welt Handelsbilanz (von welcher Say und Ricardo schwärzten) nachweist, so ist eine Weltgedanken-Bilanz zur Thatsache geworden, und was wir haben schreiben, geht drüben nicht verloren.

Mit meinem Vorleseprojekt verhält es sich so: bei den schlechten Zeiten und Mangeln bin ich trotz allen sauren Schweiges und mehr als menschlicher Arbeit in der Lage, zu noch anderen Mitteln, als bloß Gade und Pling, greifen zu müssen, um zu schwinmen. Mein Schatz der Tiefermann hat mir nun vorgeschlagen, im Spätherbst und Winter das Feld der „Lectures“ zu betreten. Vergleichende Biographien—Washington und Caesar, Lincoln und Cromwell, Augustus und Napoleon III. in Plutarch's Manier — ferner Juvidien's Reform, der Journalist eine Großmacht, der Mechanismus seine Thätigkeit und seine Wirksamkeit — diese und andere Themata surren mir im Kopfe.

Von Herzen

Euer

Hecker.

Wenn wir nun auch für die freieitliche Fortentwicklung der deutschen Verhältnisse durchaus nicht so besorgt sind, wie Friedrich Hecker, so kann es doch nicht schaden, auf den in seinem Briefe enthaltenen Mahnruf zu achten. Ebenso glauben wir, daß das in Deutschland lebende Volk so ziemlich durch eigene Kraft sich die Freiheit zu der gewonnenen Einheit erringen wird. Trotzdem kann man begierig sein auf seine literarische Wirksamkeit in deutsch-amerikanischen Blättern und ebenso auf seine „Lectures“.

R. D.

* Dresden, 11. September. Zur Erinnerung an den Friedensschluß, durch welchen der siegreiche Krieg mit Frankreich beendet worden, und an die daraus hervorgegangene Einigung Deutschlands ist, wie das „Dr. Journ.“ mittheilt, in der hiesigen königlichen Münze ein Gedächtnisstück geprägt worden, auf dessen Vorderseite sich das Bildnis des Königs von Sachsen, auf dessen Revers aber, anstatt des Wappens, der Genius Deutschlands dargestellt ist, wie er eblem Schladtrog, das lorbeerbesäumte Banner hochhält, mit dem Schwerte die Brücke beschreitet, welche die bis dahin noch getrennten deutschen Lande verbindet.

den Landtag, folglich eine neue Landtags-Wahlordnung aufgelegt werden wird. Sollte speziell der böhmische Landtag nicht erforderliche Stimmenmehrheit liefern, um diese zechische Bedingung zu erfüllen, so soll vereinbart sein, den böhmischen Landtag gleichfalls auflösen, um einige noch stärkere zechische Majorität aufzubringen. Der „Presse“ zufolge soll die Landtagssession bis zum 14. Oktober, also einen vollen Monat dauern und im Ende Oktober der Reichsrath einberufen werden. Bezüglich des böhmischen Landtags erfährt sie, daß derselbe mit einem kgl. Reskript ernannt werden soll, welches, auf das Potsdamer bezugnehmend, einige Abänderungen über die dem Landtag vorzulegenden Gesetzentwürfe enthalten wird. Auch werde ein Passus von der Krönungskronung handeln, der nach vollendetem Ausgleichsvertrag in sichere Aussicht gestellt werde. In der Spitze der Vorlagen werde ein Gesetzentwurf über die Abänderung der Landtags-Wahlordnung stehen; diese Vorlage werde ganz im Geiste des in der böhmischen Statthalterei ausgearbeiteten zechischen Entwurfes gehalten sein.

Frankreich.

Der „Monde“ bringt einen heftigen Artikel gegen Thiers; das ultramontane Blatt schreibt: „Die drei letzten Bischofsnennungen werden im „Gesellschaftsbulletin“ unter verschiedenen Fassungen bekannt gemacht; sie gleichen sich jedoch darin, daß in allen ein Vorbehalt zu Gunsten der Freireligion, Freiheit und Grundrechte der gallikanischen Kirche“ gemacht wird. Herr Thiers muß diese drei Erlasse gelesen haben, da sie seine Namensunterschrift tragen. Was ist denn diese gallikanische Kirche mit ihren Freiheiten und Grundrechten? Ist es notwendig, Europa zu zeigen, daß die französische Regierung nicht einmal weiß, welches die Religion Frankreichs ist? Hat Herr Thiers niemals von den „Grundrechten“ der gallikanischen Kirche reden hören? Diese in einem großen Maße geduldeten „Grundrechte“ wurden durch das vatikanische Konzil vernichtet; sie gelten nichts mehr. Hat Herr Thiers diese Ausdrücke machinisch und ohne ihren Sinn zu erfassen wiederholt? Es giebt in Frankreich keinen Menschen mehr, der die Grundrechte der gallikanischen Kirche zuläßt, und Herr Thiers noch weniger als jeder Andere. Wenn wir ihm diese Grundrechte vorlegten, würde er in die Luft springen. Er vergißt, daß der erste dieser Grundrechte lautet, daß die Gewalt unveränderlich in der Familie Ludwigs XIV. verbleibt. Es giebt keine gallikanischen Katholiken mehr, und die, welche nicht Katholiken sind, sind auch nicht Gallianer. Bildet Herr Thiers etwa ein, daß die gallikanische Religion die Staatsreligion sei? Es wird bestimmt, daß die Breves Sr. Heiligkeit in die Register des Staatsrathes eingeschrieben werden sollen; aber giebt es noch einen Staatsrath? Sind diese Reminiscenzen aus der Regierungszeit von Ludwig Philipp nicht sonderbar? Man stürzt Republiken und Kaiserthümer, aber man bewahrt gothische Formen, die kein anderes Interesse haben, als daß sie für Papstthum und Kirche heileigend sind. Was werden diese feierlichen Berufungen auf das Gesetz vom 18. Germinal des Jahres X? Sind Herrn Thiers die Verhältnisse, unter denen dieses famose Gesetz zu Stande kam, und die Proteste des heiligen Stuhles nicht mehr gegenwärtig? Vor dem vatikanischen Konzil drückte die Phrase in Betreff der Freireligion, Freiheit und Grundrechte der gallikanischen Kirche Vortheile, Ansprüche, eine Ordnung verschärfte dener Dinge aus, die selbst mit der modernen Gesellschaft nicht mehr verträglich sind. Wer hat mehr als Herr Thiers die Kultusfreiheit gegrieffen und sich gefreut, daß der Staat keinen Kultus mehr bekennen? Und jetzt macht er sich zum Wächter und Diener der gallikanischen Kirche, die, wie es scheint, Staatsreligion bleibt. Und kam Europa, was mit Neugier auf uns blickt, auf die Fähigkeit einer Regierung rechnen, die das Beispiel solcher Verstandsschwächen kundgibt? Schließlich fordert der „Monde“ die Nationalversammlung auf, zu erklären, ob dergleichen „nach ihrem Geschmack“ sei.

Prinz Heinrich von Luxemburg ist vor wenigen Tagen in Paris angekommen und hat eine ziemlich lange Unterredung mit Thiers und Graf v. Münster, dem Minister des Auswärtigen, gehabt. Seine Ankunft ist in den französischen Kreisen der Gegenstand vielfacher Deutungen und es giebt sich zunächst die den Franzosen sehr geläufige Unterstellung kund, dieselbe hänge mit irgend einer gegen Frankreich gerichteten Machination des kaiserlichen Bismarck zusammen. Die liberale Partei namentlich begegnet dem hohen Besucher mit unfreundlichen Mißtrauen und läßt demselben durch den breiten Mund „Unvers“ nachstehenden Willkomm zu Theil werden: „Wenn Herr Thiers den Prinzen Heinrich empfängt, so geben wir uns der Ansicht hin, er werde sich nicht durch dessen Veredsamkeit unterjochen lassen und eingelenkt sein, daß er einen Freund Preußens und einen erklärten Gegner Frankreichs vor sich hat. Hr. Thiers wird auch nicht vergessen, daß im Jahre 1867 diese Persönlichkeit gegen unser Land Beweise ihrer Feindschaft ablegt, indem dieselbe vermittelst der kaiserlichen Agenten ganz Deutschland gegen uns aufgebracht hat. Endlich darf Hr. Thiers nicht aus den Augen verlieren, daß Prinz Heinrich trotz noch sehr dienstfertig den Befehlen aus Berlin nachkam, indem er dem Vertreter Frankreichs in dem Großherzogthum das Cremona-Exequat entzog.“ Der Umstand, daß Prinz Heinrich Protestant ist, giebt natürlich der liberalen Partei eine bequeme Handhabe, die „französisch-katholische Bevölkerung von Luxemburg, deren Gläubigkeit eine Mutterhaftere ist“, in derselben Weise aufzustacheln, wie sie dies konsequent in Elsaß-Lothringen ins Werk setzt.

Während der Verabredung der Nationalversammlung soll bekanntlich eine Kommission von 25 Mitgliedern die Souveränitätsrechte der Nationalversammlung unter ihre Obhut nehmen und die Exekutivgewalt überwachen; man scheint sich dahin einigen zu wollen, daß in diese Kommission acht Mitglieder der Linken, acht der Rechten und neun der Zentren eintreten. Wie verlautet, wird Thiers vor Beginn der Ferien der Nationalversammlung eine längere Rede an dieselbe halten, um ihr auseinander zu setzen, was er seit sechs Monaten vollbracht hat. Um sich genau über die Lage des Landes zu unterrichten, läßt Thiers alle Präfecten aus der Provinz nach Versailles kommen. Die Berichte derselben sollen im Ganzen befriedigend für die Aufrechterhaltung der Ruhe sein.

Einigen Mitgliedern der Rechten wurde die Absicht beigegeben, mehrere Deputirte Savoyen's und Nizza's um Erklärungen über ihre separatistischen Tendenzen anzugehen. Was zu diesem Gerüchte den Anlaß gegeben hat, waren Äußerungen einiger savoyischer Deputirten, die an der Table d'hôte die Bemerkung fallen ließen, daß, wenn Heinrich V. wieder auf den Thron Frankreichs kommen sollte, die Savoyarden ihre Amerion an die schweizerische Eidgenossenschaft vertragen würden. Das Mißverständnis ist übrigens groß in Savoyen wie in Nizza. Das ist die Wirkung des Gesetzes, welches Dufauré in Anregung gebracht hat, nämlich die Bewohner jener Provinzen, welche Trennungsgelüste zeigten, gerichtlich zu verfolgen.

Ueber die Versammlung der deutschen Katholiken in Mainz schreibt der „Monde“:

„Während die Herrscher Preußens und Oesterreichs in Gastein sich begegnen, haben ihre katholischen Unterthanen sich in Mainz versammelt, alle Staaten Deutschlands schicken Vertreter dahin, Schweizer, Belgier, Ausländer jeglicher Nation sollen dem Kongresse anwohnen, selbst Franzosen waren geladen, und wenn sie diesem Aufrufe keine Folge leisteten und die Galfreundschaft eines Volkes nicht annehmen mochten, so folgen sie doch mit nicht minder Aufmerksamkeit den Arbeiten einer Versammlung, die auf die Politik einen mächtigen Gegenstoß ausüben kann. Die katholische Fluth fängt in der That in ganz Deutschland an zu steigen, in Oesterreich ist die Regierung bereits unter Wasser gesetzt. In dem Augenblicke, wo der Kaiser Wilhelm und sein Minister seinen Sympathien an Herrn v. Bismarck verschwenden, welcher derselben übrigens vollkommen würdig ist, weil Niemand mehr als er ihren Interessen und Angelegenheiten gebietet hat, weisen die in der österreichischen Monarchie im Gange befindlichen Wahlen Herrn v. Bismarck seine Rolle an, das heißt, sie versetzen ihn außer Rolle. Ueberall die Idee des Kaisers Franz Joseph, diesem Protestanten die Gesandtschaft des katholischen Oesterreichs anzuvertrauen. Sein wirklicher Beruf war in Dresden, unter Herrn v. Bismarck's Auge und Hand. Hier wollen die Bosheiten und Kriechtheiten des ultramontanen Blattes nicht weiter übergehen, sondern nur noch bemerken, daß der „Monde“ die deutschen Katholiken darstellt, als gingen ihnen jetzt die Augen über den Krieg vom vorigen Jahre erst auf: „Man ließ sie

(die Katholiken) hoffen, daß in einer nahen Zukunft der König Wilhelm sich zur Ehre anrechnen werde, den Papst in Rom herzustellen, und indem er die Krone der Othonen nähme, ihre Politik fortsetzen werde. Man vergaß, daß der Kaiser von Berlin der Fortsetzer Luther's ist und nicht der Erbe Karls des Großen. Die Krone des großen Kaisers ist in Aachen und sein Leichnam dort beigesetzt! Aber seine Politik ist auch dort und ein Enkel Friedrichs II. wird sie nicht aufzuheben. Dies ist es, was die in Mainz versammelten Katholiken wohl erwägen werden. Schon hat es ihnen seit einigen Monaten nicht an Warnungen gefehlt. Sie haben selbst nicht, wie ihre Brüder in Oesterreich, die Hoffnung, durch das regelmäßige Spiel der Institutionen den schlechten Willen der Menschen zu besiegen. Sie leben unter einem absoluten Regieren und ihre Wünsche, ihr Wille, ihre Rechte sind nichts. Die süddeutschen Staaten folgen dem Beispiele Norddeutschlands. Die Katholiken des Großherzogthums Baden und Münchens haben keinen Grund, sich mehr zu freuen als die Berliner. So lange die Politik, deren Vertreter Herr v. Bismarck ist, triumphiren wird, müssen die einen wie die anderen ohne Hoffnung bleiben.“

Am 10. wurden zwei Offiziere, die unter Dombrowski für die Kommune fochten, verhaftet. Der eine ist Oleziowie, Chef des böhmisch-mährischen revolutionären Komitees zu Paris, und der andere Amable de Lagradet. Eine Insurgentin wurde auch wieder festgenommen, nämlich Edmée Mariati. Ihre Verhaftung fand in Autenail statt. Sie war die Geliebte des Kommandanten des 159. Bataillons und machte den ganzen Kampf mit. Nach dem Tode des Kommandanten nahm sie sich einen andern Geliebten, der sie, da sie einen Streit mit ihm hatte, an die Polizei verrieth.

Der Schwurgerichtshof des Seine-Departements verhandelte gestern gegen den „Gaulois“ wegen des Vergehens der Verbreitung falscher Nachrichten. Das Blatt des Herrn Tarbé meldete nämlich fälschlich aus Blois, daß die Retraite in der dortigen Garnison nicht mehr gelassen würde, weil unruhige Volksmassen sie mit den Rufen: „Es lebe die Kommune!“ begleitet hätten. Herr Tarbé wurde des Vergehens für schuldig erklärt, jedoch, da die Geschworenen eine böswillige Absicht nicht zuweisen, nur zu einer Geldstrafe von 500 Frks. verurtheilt. Das Blatt „Le Grelot“ ist wegen einer Karikatur, in welcher Herr Thiers als Kaiser der Nationalversammlung dargestellt wurde, mit Verhaftung belegt worden.

Auf dem vom 5. bis 10. September abgehaltenen Kongresse der „französischen Gesellenvereine“ in Nevers waren 70 Mitglieder anwesend, sämtlich Directoren der meistens von denselben gegründeten Vereine oder Bevollmächtigte von Bischöfen! Der „Monde“ berichtet über die Verhandlungen: „Der Abbe Kesse vertrat Metz und Herr Morin Straßburg, die heroischen und christlichen Städte, welche uns tief vereint bleiben durch das Herz, während sie durch die Eroberung von uns abgetrennt sind. Daher vernahm der Kongreß mit der tiefsten Bewegung den durch Thränen unterbrochenen Bericht, den Herr Morin, Direktor eines industriellen Werkes in Straßburg, ablas. Er hat nichts von den Leiden seines Vaterlandes gesagt, kein Wort, keine Anspielung und doch warf sich, als er geendet, Jeder ihm in die Arme.“

Verschiedene Briefe aus Toulon bestätigen die von den Blättern gegebene Meldung von der Entdeckung eines Komplots, welches darauf abzielte, das Arsenal in Brand zu stecken und die Sträflinge des Bagno zu befreien. Man fand Zündstoffe an verschiedenen Stellen ausgestreut, unter Sägespänen verborgen. Man hofft auf Enttarnungen seitens der am wenigsten verdorbenen Sträflinge. Die Seebehörde führt die Untersuchung und ihre obersten Beamten sind in der Präfectur zusammengetreten.

Italien.

Rom, 9. September. Der neue Präfect (der bisherige Arbeitsminister) Gadda hat bei Gelegenheit seines Amtsantritts eine in sehr nichternem Tone gehaltene Proklamation an das römische Volk erlassen, die vom 6. d. M. datirt ist und die Mitwirkung aller Gutgesinnten anruft, da die neue Stellung ungemein schwierig und verantwortungsvoll sei. Das ist sie allerdings, aber mit der Mitwirkung der Gutgesinnten sieht es nicht zum besten aus, da unter denselben nur die gemäßigten liberalen Partei verstanden werden kann und diese in eine Menge von Fraktionen und „Birkel“ gespalten ist, was ihr jede gemeinsame, nach links wie nach rechts je doppelt notwendige Aktion erschwert. In einem sind freilich alle Parteien einig, nämlich sich des politisch indifferenten und von der Noth des täglichen Lebens absorbirten „Volkes“, d. h. der großen Masse der Kleinbürger, Arbeiter und Proletariat zu bemächtigen; in dieser Beziehung zeigen nun die Klerikalen jedenfalls das meiste Geschick. Daß mit der politischen Umwälzung der kleine Mann in Rom in große Noth gerathen ist, kann Niemand leugnen. Wenn aber der römische Stadtrath nichts Besseres zu thun weiß, als kostspielige Banquets auf dem Capitol zu geben, dem Apollo-Theater 200,000 Lire Unterstützung zuzuwenden und schwebende Geld zur Errichtung königlicher Stallhöfe, zur Erbauung neuer Galerien und zur Errichtung von Statuen auszuwerfen, so sind das nicht die geeigneten Mittel, um der Menge über die soziale Schattenseite der politischen Umwälzung hinwegzuhelfen. Schwarz genug ist diese Schattenseite, wie z. B. die Erfahrung zeigt, daß in den letzten sieben Tagen 20 Heubehälter ausgelegt worden sind und Raubankfälle zu den unvermeidlichen Vorkommnissen des Tages gehören. Die Worte, welche der Papst über die hohen Miethpreise sprach, werden nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sein. Und die tausend und abermal tausend Agenten in der Soutane und Mönchskutte, über welche der Vatikan verfügt, werden nicht müde, dem Volke den Spiegel seines Elends vorzuhalten, den Böbel, mit dem gerade die niedere Geistlichkeit in Rom in den vertrautesten Beziehungen steht, gegen die „gottlose“ Regierung zu setzen und durch Mäkel und augenverdrehende Madonnen den Fanatismus aufzustacheln. Die Regierung zeigt durch ihr ungeschicktes Umhertastern, daß sie keine Vorstellung von den schweren Gefahren hat, die für sie eines Tages ganz unerwartet aus dieser Agitation sich erheben können.

Rom, 9. Sept. Es ist hier ein Bischof aus Frankreich eingetroffen, der wichtige Depeschen überbracht hat. Man glaubt, sie enthalten die Ergebnisse der Konferenzen, welche die französischen Bischöfe in der letzten Zeit in mehreren Städten Frankreichs und in Belgien hatten, um sich für die bevorstehenden Ereignisse zu berathen. Bis IX. selbst soll die Worte gesprochen haben: „Ich sehe, daß Gott mich ins Paradies ruft!“ Und der Vater Schürder, der vielgenannte Jesuit des ökonomischen Konzils, äußerte: Die Wiederbergeltung würde nicht lange auf sich warten lassen und der neue Papst in einigen Jahren das verlorene Gebiet wiedererlangt haben. „Ma, piano, piano!“ fügte er hinzu, „mit Klugheit werden wir unser Ziel erreichen.“ Einstweilen ist den Klerikalen durch die Schwäche der Regierung sehr der Kamm geschwollen, und während die italienischen Behörden nicht den Muth haben, dem 20. September eine solenne Feierlichkeit angedeihen zu lassen, will die „Società degli interessi cattolici“ diesen Tag zu einer päpstlichen Demonstration benutzen; Jesuiten, Bismarckianer, die ganze schwarze Schaar, der ganze Biorberg des Klerikalismus wird sich in Bewegung setzen, um Bis IX. zu huldigen, und Triduen, Glockengeläute, Aufzüge, Geigen, Gaben werden Unlag und Vorwand zu neuen Straßenhändeln oder gar zu neuem Blutvergießen sein. Denn sicher ist, daß wenn auch die Regierung den 20. September nicht feiern wird, das Volk sich dies darum nicht nehmen läßt, und gewiß das Gedächtniß an seine Befreiung vom päpstlichen Joch hoch hält. Die Reduci von Rom, die an der Vertheidigung der Stadt 1849 Antheil nahmen, haben bereits auf Anregung ihres Chefs des als Patriot wie als Künstler ausgezeichneten Eugenio Agnelli beschlossen, sich zu einem brüderlichen Banquet zu vereinigen. Auch an anderen Demonstrationen von Seiten des Volkes wird es nicht fehlen. — Es wird berichtet, daß in diesen Tagen mehrere Polizeiaagenten nach Petersburg abgereist sind, um die Beziehungen, die man zwischen den Internationalen Russlands und einigen Italienern voraussetzt, zu entdecken. Unsere Polizei träumt jetzt Tag und Nacht von der Internationalen Russlands und einigen — Mazzini ruft alle Arbeiter zu dem großen Arbeiterkongreß zusammen, der in Rom sich stattfinden soll, um in Ruhe über die soziale Frage brüderlich zu berathen. Er empfiehlt, daß dieser Kongreß friedlich, mächtig in seinen Ansprüchen vor sich gehe und alle Klassen in Eintracht daran Theil nehmen. Damit die Associationen alle ihre Vertreter senden können, schlägt Mazzini eine Subskription vor, die er selbst mit

hundert Franken beginnt. — In Teramo ist es zu blutigen Unordnungen gekommen, weil man die Familiensteuer nicht bezahlen wollte, welche anzuerkennen das Municipium sich genöthigt sah, um den Forderungen Sella's zu genügen. (Fr. Z.)

In Betreff der angeblich bevorstehenden Abberufung des Generals Medici aus Sizilien erfährt man, daß der militärisch stramme General sich zu verschiedenen Malen mit der richterlichen Behörde überworfen habe. Der Fall sei mehr als einmal vorgekommen, daß Medici sich weigerte, die Entscheidung der Gerichte über verdächtige Individuen auszuführen, aus dem Grunde, weil die Freigebung derselben die öffentliche Sicherheit gefährden würde. Der königliche Procurator Trajani sei diesen Konflikten aus dem Wege gegangen, indem er seine Entlassung einreichte, aber die drohenden Interpellationen der parlamentarisch gewandten sizilianischen Deputirten hatten die Minister Kassa und de Falco bezogen; den General nach Rom zu bescheiden und mit ihm die Herstellung eines modus vivendi zwischen der richterlichen und administrativen Gewalt zu vereinbaren. — Der Kaiser von Brasilien und die Königin der Niederlande werden zum Beginn des Herbstes Italien besuchen und sich auch einige Tage in Rom aufhalten.

Großbritannien und Irland.

London, 11. September. Die Abreise des Kaisers Napoleon nach Torquay und seiner Gemahlin nach Spanien wird von der „Times“ als Anzeichen aufgefaßt, daß die kaiserliche Familie beabsichtigt, sich mehr noch als bisher aus dem Vordergrunde der Ereignisse zurückzuziehen. Dabei wird nebenher auch des Prinzen Napoleon — und seiner neuesten Vertheidigung — „gegen seine Verläumdung“ gedacht, allein nur um zu bemerken, daß dergleichen Erwiderungen nicht zeitgemäß seien, und daß der Prinz, wenn er überhaupt etwas beweisen wolle, mehr beweisen müsse. Ueberhaupt wird den Napoleoniden der Rath ertheilt, von dem Gründer ihrer Dynastie die Lehre hinzunehmen, daß man auf seinen Stern warten müsse, und daß, wie nichts soviel Erfolg habe, als eben der Erfolg, so auch nichts so schwer sei, als sich von einer Niederlage wieder zu erheben. Uebrigens glaubt die „Times“ nicht, daß sobald der genannte Stern wieder aufgehen werde, obgleich allerdings die Präzedenzfälle vorlägen, daß aus den beiden friheren Republiken ein Bonaparte als Herrscher hervorgegangen sei. Als ein sehr ungünstiges Zeichen wird es betrachtet, daß sich der Klerus bereits von den Bonapartisten losgesagt habe, und der Papst dem neuen Präsidenten seine Glückwünsche sende. Was die Armee und ihre Sympathien mit der kaiserlichen Sache anlange, so dürfe man nicht vergessen, daß die meisten der alten Führer, Bazaine, Mac Mahon und ihre Kameraden, theils ihren Ruf, theils ihre Energie eingebüßt haben, und daß für diejenigen, welche an ihre Stelle zu treten wünschen, eine Fortdauer der jetzigen Ungewißheit erwünschter sei, als die Begründung einer festen Regierung.

Der Maschinenbauer-Strike in Newcastle und Chateshead ist nunmehr in seine sechste Woche getreten und den Büchern der „Neuen Stunden-Rüge“ zufolge muß dieselbe jetzt aus ihren Mitteln den Unterhalt von 200 fiebernden Arbeitern bestreiten. Die Uebrigen, etwa 6500 an Zahl, haben in Sunderland, Manchester, Liverpool, London, Hull, Leeds u. a. Orten Arbeit gefunden. Die Arbeitgeber beschäftigen in ihren Fabriken nunmehr eine beträchtliche Anzahl Ausländer, namentlich viele Deutsche und Belgier, und sind mit denselben sehr zufrieden. Die vorige Woche ist in Newcastle völlig ruhig verlaufen. Die Reibungen zwischen den fremden und den strikenden Arbeitern haben fast gänzlich aufgehört und die Polizei hatte keinerlei Gelegenheit zur Intervention. Die vom Parlamentsmitgliede Samuelsohn eröffneten Unterhandlungen behufs Beendigung des Strikes haben in Folge der Abwesenheit mehrerer leitenden Mitglieder der „Neuen Stunden-Rüge“ keine Fortschritte gemacht, sollen aber Anfangs dieser Woche wieder aufgenommen werden. In Blackhead fand am Sonnabend ein Meeting von londoner gelernten Handwerkern und Arbeitern zu dem Behufe statt, um die besten Mittel zu erörtern, vermöge welcher Arbeitgeber daran verhindert werden könnten, Arbeiter zum Ersatz der Strikenden zu finden, und ferner, um Subskriptionen zu Gunsten der Letzteren zu organisiren. Obwohl das Meeting nicht sehr zahlreich besucht war, gelangte eine Resolution zu Gunsten der neuwündigen Arbeitszeit zur einstimmigen Annahme. „Times“ und „Daily News“, welche dem Strike in Newcastle längere Zeitartikel widmen, sind der Ansicht, daß die Arbeiter schließlich den Sieg davontragen und ihre Forderungen durchsetzen werden.

Wie der „Morning Advertiser“ mittheilt, hat der „Generalrath“ der Internationalen in London den Mr. J. P. M'Donnell einstimmig zu seinem Mitgliede und zum „Sekretär für Irland“ erwählt. Diese Nachricht ist wichtiger, als sie vielleicht auf den ersten Augenblick erscheinen mag, denn der neue „Sekretär für Irland“ ist ein Mann von bedeutendem Organisations-talent, von den allerextremsten Ansichten und von großem Einfluß in Irland und Amerika, wo er sich durch seine Betheiligung an den feministischen Bewegungen bekannt machte. Er ist der nämliche M'Donnell, welcher während des jüngsten Krieges eine Anzahl Irländer vorgeblich als Krankenpfleger, in Wirklichkeit aber als Kombattanten nach Frankreich schickte und wegen seiner Verletzung der Neutralitätsgesetze eine dreimonatliche Untersuchungshaft zu bestehen hatte. Der Lebenslauf dieses Mannes ist nicht uninteressant und da wir — so die Meldung des „Morning Advertiser“ — ihre Wichtigkeit hat — wohl noch mehr von ihm zu hören bekommen werden, sei folgendes daraus mitgetheilt. Vor etwa zehn Jahren schloß M'Donnell, dazumal Student an der katholischen Universität Irlands, sich zuerst der nationalistischen Bewegung an, und seit der Zeit war er bei allen extremen Bewegungen der irischen Revolutionäre betheilig. Nachdem er gab er mehrere feministische Zeitungen heraus, welche im Laufe der Zeit politisch unterdrückt wurden, und obwohl Besitzer eines großen Kaufmanns-Geschäftes in Dublin, spielte er eine Hauptrolle in der St. Patrick's-Bruderschaft, welche das Fierenthum ganz offen betrieb. Im Jahre 1866 wurde er verhaftet und mußte zehn Monate verbüßen, weil er eingestandener Maßen das stellvertretende „Hauptzentrum“ der Fenier für Irland war. Seiner Haft entlassen, gründete er in Westmeath den „Irish Star“; aber die Polizei machte ihm den dortigen Aufenthalt so unbequem, daß er das Blatt eingehen ließ und nach England kam. Hier hat er dann als Sekretär des Amnestie-Verbandes und als Organisator der berühmten 1867er Kundgebung im Hyde Park gewirkt. Anfangs 1870 wollten die Irländer des Wahlbezirks Southwark ihn als ihren Parlaments-Kandidaten aufstellen; er aber lehnte die Ehre ab, „weil kein ehrlicher Irländer seinem Vaterlande im britischen Senate dienen könne.“

Die königliche Marine ist vom Unglück geradezu verfolgt. Wieder ist ein Schiff aufgelaufen. Das Schulschiff Racer fuhr gestern Morgen nicht weit vom Hafen von Portsmouth mit vollen Segeln am Damm von Hyde vorbei und gerieth dabei in eine starke Strömung, welche mit der Windrichtung zusammenfiel. Das Schiff wurde hierdurch auf eine Sandbank zwischen dem Damm und dem fogenannten römischen Fort getrieben, aus welcher unangenehmen Lage zwei große zur Hilfe herbeieilende Dampfer es nicht zu befreien vermochten. Man muß es dem Eintritt einer starken Flut überlassen, das Schiff wieder flott zu machen.

Rußland und Polen.

?? Petersburg, 11. September. Die großen Unzulänglichkeiten, welche aus der Verwaltung der geistlichen Güter durch die Geistlichkeit im Kaufasus entsprangen, hatten schon im Jahre 1869 zu der Anordnung gedrängt, in einigen Theilen des Landes die Verwaltung aus den Händen der Geistlichkeit zu nehmen, dieselbe durch eine jährliche Abfindungssumme zu befriedigen und dem Fiskus die geistlichen Güter zu übergeben. Diese Anordnung hat sich so bewährt, daß sie nunmehr auch über diejenigen Theile Kaufasus, auf welche sie sich bisher nicht bezog, ausgedehnt worden ist. Ein kaiserlicher Ukas vom 4. Juli bestimmt, daß in dem ehemaligen Gurien und Imeretien, jetzigem Gouv. Katakis, die geistlichen Güter der Verwaltung des Staates anheimfallen sollen, wofür der geistlichen Behörde als Äquivalent jährlich die Summe von 30,000 Rubeln ansgesetzt wird. — Die Cho-

Neutomyhl, 14. Septbr. [Hopfen.] Noch ist die Hopfenplücke nicht beendet und schon ist das Hopfengeschäft ein sehr lebhaftes. Mehr als 20 fremdländische Käufer, meistens Böhmern, sind hieselbst eingetroffen und zeigen rege Kauflust. Die bisher bewilligten Preise, an denen ein Steigen von Tag zu Tag wahrzunehmen, variiren zwischen 45 bis 55 Thlr. pro Ztr. Bei so günstigen Ausichten beleben sich die Hoffnungen der Produzenten bedeutend und viele von ihnen mögen ihre Waare noch nicht abgeben, sondern verhalten sich abwartend.

Radzewo-Gauland, 12. Septbr. [Hopfen. Feuer.] Die Hopfernte ist hier und in der Umgegend beendet. Dieselbe war nur eine sehr mittelmäßige. Die Witterung zum Trocknen war überaus günstig. Durch die niedrigen Preise des Hopfens sind schon viele schöne Anlagen verschwunden, auch sind die noch vorhandenen aus diesem Grunde nicht so sorgsam gepflegt worden wie früher. An neue Anlagen ist jedoch nicht zu denken, selbst dann nicht, wenn auch die Preise wieder in die Höhe gehen sollten. In Orkowo, Distrikt Schrimm, sind in der Nacht am 4. d. M. sechs Wirtschaften abgebrannt. Wohngebäude, gefüllte Scheunen, Getreideschober, viel Vieh und Wirtschaftsgüter wurden ein Raub der Flammen. Das Feuer entzündet auf zwei Stellen zugleich, und es wird daher böswillige Brandstiftung vermutet. Versichert sind die verunglückten Wirthe nur mäßig in der Provinzialfeuerversicherung.

Wronke, 14. September. [Theater.] Im Laufe nächster Woche wird, wie wir hören, eine kleine Abwechslung in das sonst einseitige Leben unserer Stadt kommen. In dem Saale des Hotel Krüger wird sich eine Theater-Gesellschaft etabliren, welcher aus unserer Nachbarkräften ein gutes Renommée vorausgegangen ist. Hoffentlich wird dieselbe auch hier ihre Rechnung finden. Hierzu beitragen muß natürlich auch die ländliche Bevölkerung.

Vermischtes.

Berlin. Die „Trib.“ schreibt: Dr. Stroußberg, den wir bisher mit Stolz als einen unserer höchst besteuerten Mitbürger ehrten — er gehörte zu den wenigen Glücklichen, deren Jahreseinkommen 240,000 Thlr. überstieg — läuft Gefahr, in die Klasse der Almosenempfänger herabzusinken. Er besitzt nichts mehr. Zum Glück hat er eine Gönnerin in Frau Dr. Stroußberg, in deren Besitz sich alles das befindet, was ihrem Gatten früher eine so bevorzugte Stellung unter den Bewohnern Berlins und in der Steuerliste eine so hohe Werthschätzung eintrug. Nachdem schon sein Freund Dr. Ebers in einem Arrestprozeß den Beweis geführt hatte, daß der früher auf Millionen veranschlagte Mann vermögenslos sei, ist jetzt durch ein in Westphalen vollzogenes Kaufgeschäft dieser Beweis noch verstärkt worden. Dr. Stroußberg fungirte dabei als Bevollmächtigter seiner Gattin, leistete in deren Vertretung die Zahlungen und vollzog das ganze Geschäft in ihrem Namen. Zu dem guten Herzen der Frau Dr. Stroußberg darf man das Vertrauen haben, daß sie den unglücklichen, aller Habe beraubten Mann nicht ganz verlassen wird. Sollten die Ansprüche der zumäthigen Obligationenbesitzer einmal bei unsern Gerichten die Anerkennung finden, die ihnen bis jetzt noch fehlt, so wird — wir sind

davon überzeugt — die treue Gattin auch dann ihrer Pflichten eingedenk sein.

Hannover. Die „Hannoverschen Anz.“ hatten in den letzten Wochen heftige Angriffe gegen die Theater-Zeitung gebracht, welche eine Polemik sowohl im redaktionellen, als im Inzeraten-Theil der Blätter veranlaßten; im Verlauf derselben hat sich Herr Herrmann Uhde als Verfasser der qu. Artikel bekannt. Wie die „Anz.“ mittheilen, ist ihnen von dem Intendanten der königlichen Schauspiele v. Bronsart ein Schreiben zugegangen, worin der Redaktion die Einziehung des ihr zur Verfügung gestellten Freiplatzes angezeigt wird. Dieser Vorgang soll zunächst Gegenstand einer gemeinschaftlichen Erörterung seitens der Zeitungs-Redaktionen in Hannover sein.

Abgefuhrtes Verfahren. Das Stuttgarter „Neue Tageblatt“ schreibt: „In glühender Sonnenhitze war so eben ein Zug Bayern auf einem Bahnhofe eingefahren, als ein seine Pferde bewachender Mann einen in der Nähe stehenden Knaben herbeirief und ihm den Auftrag erteilte, eine halbe Maß Bier in der Restauration zu holen. Der Knabe beeilte sich, den Durstigen zu laben; als er aber über die Schienen gehen wollte, wurde er von einem Bediensteten überfallen, und nachdem der Knabe auseinandergefaßt hatte, warum er sich beeile, ergriff der Eisenbahn-Bedienstete das Bierglas und leerte den Inhalt auf den kieseligen Schienenweg. Der getäuschte Mann machte große Augen, stieg aber gelassen vom Wagen und versetzte dem betreffenden Bediensteten einige Ohrfeigen, ohne ein Wort zu sprechen. Der Bahn-Bedienstete meldete den Vorfall unter Erzählung des Herganges dem zuständigen Offizier, der ihm aber die kurze Antwort erteilte: „Wollens noch ane?“

Infognito. Am 3. September meldete die offizielle Kurliste von Schwabach unter den Neugekommenen die folgenden Personen: Baron und Baronin Krenfren; Gräfin von Moen und Tochter, aus Dänemark; Herzog von Mistré, aus Athen. Nun ist der gemeldete Baron Krenfren niemand Anderes, als der Prinz von Wales; die Gräfin von Moen ist die Königin von Dänemark und der Herzog von Mistré ist Georgios, König von Griechenland.

Ein französischer Industrieller. Der „Schw. Grap.“ schreibt man: Das Publikum von Biel beklammert sich dieser Tage weniger um die hohe Politik als um die Persönlichkeit eines Franzosen, der sich Gustav Delapouille aus Paris nannte. Derselbe kam vor acht Monaten unter dem Vorgeben, hier eine Uhrenfabrik zu gründen, und wurde bald mit der Klobesse der Zukunftsstadt bekannt. Er stand mit den hohen Herren gleich auf gutem Fuße, da sein Benehmen elegant und einnehmend war, was seine bedeutenden Reichthümer auf den Mittelstand hatte. So beehrten sich Bäcker und Metzger ihm die Visitation nach Hause zu senden, während das gewöhnliche Publikum sie bei denselben selbst abholen muß. Die Polizei wagte sich nicht an den großen Herrn, der solchen Umgang pflegte, und nahm in ihrer Gemüthlichkeit an, derselbe werde seine Ausweisurkunden haben; denn während der acht Monate hinterlegte Delapouille seine Schriften nicht. Als endlich die Polizei auf deren Deposition dringen mußte, verschwand unser Industrieller mit Hinterlassung einer ziemlich großartigen Summe von Schulden. Bäcker, Metzger, Kaufleute, Modewaaren- u. Möbelhändler, dazu Schalenmacher, Epaudefabrikanten und auch Ar-

beiter waren geprellt, da sie dem großen Herrn Waaren auf Kredit gegeben. Bereits sind an Fr. 30,000 Schulden dem Gericht angezeigt. Daß in dieser Summe alle seine Schulden inbegriffen sind, bezweifle ich sehr, weil mancher Geprellte so klug ist, zu schweigen. Unser Industrieller soll einig für Ausrüstung und Delikatessen für mehrere 1000 Fr. aus Basel haben kommen lassen, die er selbstverständlich nicht bezahlt hat. Natürlich hielt Delapouille auch eine Anzahl Maitressen, die mit ihm die Annehmlichkeiten des Lebens theilten und sich mit fremdem Gelde gütlich thaten. Bis jetzt ist seine Spur noch nicht entdeckt. Delapouille ist von großer fester Statur, mit grau melirten Haaren.

Wacht über Wacht. Um einem längst gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen und da die „Wacht am Rhein“ und ähnliche Melodien bereits allzu sehr abgeleiert sein dürften, hat ein New Yorker Komponist eine „Wacht am Hudson“, ein anderer in St. Louis eine „Wacht am Mississippi“ und ein dritter in Chicago eine „Wacht am Michigan“ komponirt.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 15. Septbr.

HOTEL DE BERLIN. Gutsch. Hoffmeyer a. Schwerfen, Oberstleut. Laurin a. Frankreich, Oberstabsarzt Bozin a. Görlitz, Kreis-Physikus Weinhof a. Pleschen, Bürgermstr. Koll a. Neustadt, Hotelier Steinhauer a. Bittow, Frau Hoffmann u. Tochter a. Misdrow, die Kaufl. Bozon a. Lyon, Denzer u. Mirel und Frau a. Breslau, Mejerowski a. Offenbach.

SCHWARZER ADLER. Die Ritterg. v. Koperski aus Komjell, v. Buchowski a. Pomorzane, Frau v. Korittowska, Seidel a. Thorn, Probst Komatowski aus Zielno, die Kaufl. Zukowski aus Rogasen, Stefanski a. Königsberg.

OEHRMIS HOTEL DE FRANCE. Gutsch. von Nowacki a. Neuguth, Rentier Segebel a. Braunschweig, Fabr. Seifried a. Glogau, Hotelbesitzer Vorköpper a. Stavenhagen, die Kaufl. Meyer aus Hannover, Litzewski a. Kowicz, Erner a. Wölfsdorf, Ehlers a. Bromberg, Cohn a. Altona, Treuberg a. Coblentz.

GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Landwirthe Dellen a. Grotzen, Szecinski a. Stargard, Frl. Schönfeld u. Frau Biberstein a. Breslau, die Kaufl. Bandurski aus Opalenica, Harwardt aus Breslau, Grätz aus Buk.

Mehr Stadtverordnete!

Bekanntlich schreibt die Städte-Ordnung vor, daß die Stadtverordneten-Versammlung in Stadtgemeinden von 2 500 bis 5,000 Einw. aus 18 Mitgliedern bestehen soll. Die Kreisstadt Schroda hat über 3200 Einw., und doch nur 10 Stadtverordnete. Der Handwerkerstand oder vielmehr das gewerbliche Interesse derselben ist in unserer Stadtverordneten-Versammlung, welche aus Landwirthen, Kaufleuten, Rechts-Anwälte und Ärzten besteht, gar nicht vertreten. Es wäre demnach wünschenswerth, wenn unsere Stadtverordnetenwahl vergrößert und einige Handwerker in dieselbe hineingewählt würden.

Bekanntmachung.

In dieser Stadt ist am 6. d. Mts. eine weiße schwarzgefleckte Kuh, etwa 9 Jahre alt, aufgefunden worden. Der rechtliche Eigentümer wird zur Abholung aufgefordert. Stenzgawo, den 14. Sept. 1871. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Siegfried Wisch in Posen, den 7. September 1871. zum öffentlichen Verkauf der ausstehenden Forderungen von 270 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf. an den Meistbietenden ein Termin auf den 19. Septbr. 1871, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im hiesigen Concurs-Bureau anberaumt. Posen, den 7. September 1871. Königlich-Kreisgericht. 1. Abtheilung. Der Kommissar des Konkurses. gez. Gaebler.

Verkauf.

Im Auftrage des Königl. Kreis-Richters werde ich Freitag den 22. Septbr. c. Vormittags 9 Uhr auf dem Markte in Schroda 2 Rutschpferde öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen. Schroda, 12. September 1871. Der Auktions-Kommissarius Schorstein.

Ein erfahre. Bandwirth m. best. Empf. Sohn eines hoh. Offiziers, sucht eine Wohnung von nicht unt. 300 Morg. wirtl. gutn Bodens mit vollem Inv. u. eine Caution von 2000 Thlr. zum April oder Joh. 1872. Gef. Off. nur von den Herren Verpächtern direkt bei den Annoncen-Expd. von Rudolf Mosse in Berlin sub E. 3345.

Ueber Frauenkrankheiten bin ich des Nachmittags von 3 bis 5 Uhr in meiner Wohnung zu konsultiren. Dr. Lehmann, Breitestraße 11.

Pensionärinnen

Freundliche Aufnahme und Nachhilfe bei der Vorlesung der evang. höh. Lehrerschule verm. E. Pankow. Posen, den 11. September 1871.

Bekanntmachung.

Das früher den Julian und Jozefa geborne Schenk-Affeltowicz'schen Eheleuten, jetzt zur Julian Affeltowicz'schen Konkurs-Masse gehörige, in der Stadt Posen, Vorstadt Wallischei Nr. 13 belegene Hausgrundstück mit einem jährlichen Reinertrage von 385 Thlr. 9 Sgr. 8 Pf. soll unter Genehmigung des königlichen Kreisgerichts hier durch die unterzeichnete Konkursverwaltung aus freier Hand verkauft werden.

Zur Entgegennahme von Bietungsanträgen steht am 26. dieses Monats, Nachmittags 5 Uhr, vor dem unterzeichneten Verwalter im Konkurs-Bureau des königlichen Kreisgerichts hier Termin an, und werden Kauflustige eingeladen, in demselben persönlich zu erscheinen.

Die Kaufbedingungen können bis dahin täglich während der Geschäftsstunden in dem Comtoir des Verwalters

Schloßstraße Nr. 3

eingesehen werden. Posen, den 14. September 1871.

Der definitive Verwalter der Julian Affeltowicz'schen Konkurs-Masse.

Hugo Gerstel.

Ich beabsichtige das Gut Wlodzimierz bei Grin mit reicher Ernte bei 25,000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen.

Dasselbe enthält: an Acker, welcher durchweg abgemergelt, 1403 Morgen 4ter Klasse, 1317 „ 5ter „ 112 „ 6ter „ 113 „ 4ter „ 11 „ 5ter „ 227 „ 6ter „ 47 „ 7ter „

Gebäude größtentheils in den letzten Jahren neu erbaut. — Unterhändler werden verboten. — Näheres zu erfahren in Zurawia bei Grin.

Ein schönes Haus mit einem großen Garten ist vom 1. Oktober cr. ab für den Preis von 900 Thlr. zu vermieten. Näb. Graben 25.

Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten. heilt brieflich, gründl. u. schnell Spezialarzt Dr. Meyer, Kgl. Oberarzt, Berlin. Leipzigerstr. 91.

Privat-Entbindungs-Anstalt. ein bewährtes Anst. für secrete Entbindungen. Adresse Dr. A. M. 49. poste restante Berlin.

Handelsakademie Bonn. Anfang: Wintersemester 18. October.

2 Pensionäre finden vom 1. October billige Verpflegung u. Logis. W. P. Bittelstr. 15, 2. Et.

Pension (später Rindergarten), 10 bis 12 Thlr. monatlich.

Drei Pensionärinnen finden freundliche Aufnahme bei

Wanda Koffmahn,

(aus Pleschen geb.)

Anmeldung Bismarck 21, part. rechts.

Pensionäre finden unter mäßigen Bedingungen eine geräumige Wohnung; auch bietet sich in der Familie Gelegenheit zu französischer Conversation und zu erfolgreicher Uebung auf dem Clavier. Für die unteren Klassen ermäßigt nicht die nöthige Nachhilfe. Näb. bei Frn. Rsm. Arndt, St. Martinstr. 18.

Eine kleine Pensionärin findet bei einer kinderlosen Lehrfamilie freundl. Aufnahme, liebevolle Pflege und Nachhilfe. Näheres in der Expedition.

Hiermit erlaube mir die ergebene Anzeige, daß am 15. d. Mts. mein seit 35 Jahren hier innegehabtes Fleisch-Geschäft auflöse, und sage allen meinen geehrten Gönnern und Kunden meinen tiefgefühltesten Dank für das mir in so reichem Maße stets geschenkte Vertrauen.

Posen, den 12. September 1871.

Philipp Weitz.

In den noch nicht vertretenen Kreisen der Provinzen West- und Ostpreußen wünsche wir tüchtige

Haupt-Agenten

für die Allgemeine Renten-Anstalt zu Stuttgart.

Lebens-, Kapital- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft

auf volle Gegenseitigkeit, Gründungsjahr 1832.

Gesellschaftsvermögen 6,052,500 Thaler,

Reserve- und Sicherheitsfonds 361,100 Thaler,

Dedungs-Kapitalien 1,805,100 Thaler,

zu engagiren und erbitten auf gute Empfehlungen gestützte Anerbietungen.

Die Haupt-Agentur

Robert Knoch & Co. in Danzig.

Eine Pensionärin findet mitterlich: Aufsicht u. Nachhilfe bei den Schularb. bei Wm. Küster, St. Martin 58.



Regretti-Böcke,

fein und dabei sehr reichwol-

lig, verkauft das Stück mit

10—15 Thlr.

Carl Holnzo

in Klecko.

Strickwolle

empfehl. billigt

J. Pawlowska,

Breslauer-Straße Nr. 6.

Alsenidemaarenfabrikant

Isidor Witkowski, Berlin,

Fabrik Rindenstraße 127,

Musterlager vom 1. Oktober Königs-

straße 22.

Ein gut erhaltener

Chamotttosen ist billig

zum Verkauf bei

Samuel Kantorowicz jr.,

Wasserstraße 2.

Neben-verdienst!

Zur Verbreitung eines im Druck befindlichen Werkes von allgemeinem Interesse werden in ganz Deutschland zweckdienliche Personen engagirt, um geeignete Adressen aus allen Kreisen des Bürger- und Beamtenstandes besonders aus kleineren Orten mitzutheilen gegen gute Vergütung. circa 25 30 Probe-adressen wolle man zur Weiterbeförderung an D. J. 645 der Agentur der Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Comp. in Würzburg einleiten.

Mein Theelager,

legter Centre, empfehle ich hiermit bestens dem geehrten Publikum.

Posen (Hotel de Nord)

J. N. Piotrowski.

Von morgen ab wieder jeden Sonn-

abend, früh 9 Uhr frische

Semmelwurst

bei

F. Günter,

Wasserstr. 17.

Ein möblirtes Zimmer ist sofort oder

auch vom 1. Oktober ab zu vermieten,

Große Gerberstraße Nr. 6, partierre

links.

Ein neu renovirt. möbl. Part.-Zim.

vornh., sof. od. p. 1. Oktob. zu verm.

Schönen Straße Nr. 4.

St. Walbert 41/42 ein m. Zimmer

sof. oder 1. l. M. zu verm., 3 Tr.

Heute empfangen wir die erste Sendung von Tel-tower Kübchen, Charlottenb. Ger-belat = Wurst und Elb. Neunaugen. W.F. Meyer & Co.

Nachricht

für alle Stellensuchende!

Die Zeitung „Balanzen-Liste“ ist unfehlbar das sicherste Mittel, sich selbst, direkt ohne Kommissionsaire und ohne Honorarkosten, ein Placament zu verschaffen, denn es wurden während ihres 12jährigen Bestehens bereits 30,000 Abonnenten durch dieselbe vorthellhaft placirt. — Insbesondere finden Kaufleute, Lehrer, Lehrerinnen, Landwirthe, Forst-beamte, Techniker, Werksführer u. s. w. eine große Auswahl von Stellen genau unter Namensangabe der Prinzipale, Directionen u. s. zu jeder Zeit darin mitgetheilt, aber auch Stellen für jeden anderen Berufs-zweig höherer und niedriger Charge, incl. Zivil-Verforgung sind in jeder Nummer enthalten. Man abon-nirt auf die „Balanzen-Liste“ beim Redakteur: A. Reitemeyer in Berlin (Breitestr. 2) auf die 5 nächsten Nummern mit 1 Thlr. oder auf 18 Nummern mit 2 Thlr., wofür un-gehend die neueste Nummer, die übrigen Nummern jeden Dienstag Abend franko unter Kreuzband übersandt werden. Post-Anweisung erbeten.

Ein routinirter Bureau-Gehülfe wird gesucht vom Bürgermeister Gabert zu But.

Eine rheinische Weinhandlung sucht für Schlesien und Posen einen tüchtigen Vertreter, der in Privatkreisen genannter Provinzen eingeführt ist, als Agent gegen hohe Provision oder als Reisenden mit fitem Gehalt zu engagiren. Gute Referenzen sind erforderlich. Franco-Offerten sub S. N. Nr. 100 poste rest. Mainz.

Dom. Starolenska bei Posen sucht einen jungen Mann zur Hilfe bei der Wirtschaftsführung. Erwünscht wird, daß derselbe schon 1 bis 2 Jahre die Landwirtschaft gelernt hat. Ein der poln. und deutschen Sprache mächtiger Privat-Sekretär sucht Stellung als Bureau-Vorsteher. Aus-tunft in der Exped. dieser Zeitung.

